

Zwischen Putintreue und EU-Binnenmarkt

Serbien gilt vielen als verlängerter Arm Wladimir Putins auf dem Balkan, doch will das Land auch die Beziehung zur EU nicht opfern. Die serbische Nähe zu Russland ist vor allem identitätspolitische Folklore, das Land bietet Unterschlupf für Zehntausende russische Oppositionelle und Kriegsdienstverweigerer.

Von Krsto Lazarević

Als im April Geheimdokumente des Pentagons im Internet auftauchten, sorgte das auch in Serbien für Irritationen. Am 12. April hatte die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, sie sei an Dokumente gelangt, aus denen hervorgehe, dass den USA zufolge Serbien Waffen an die Ukraine liefere. Serbien lehne es demnach zwar ab, ukrainische Truppen auszubilden, sei aber durchaus bereit, Waffen an die ukrainischen Streitkräfte zu liefern oder habe das bereits getan.

Die serbische Regierung dementierte. Präsident Aleksandar Vučić beteuerte: »Wir werden keine einzige Kugel in die Ukraine oder nach Russland exportieren.« Zwar sei es möglich, dass sich Munition aus Serbien »auf der einen oder der anderen Seite des Schlachtfelds« finden lasse, doch dann handle es sich dabei um Munition, die Serbien zuvor an andere Länder verkauft habe.

Auch Verteidigungsminister Miloš Vučević meinte im russischen Staatsmedium Sputnik, in Serbien produziertes Gerät könne zwar möglicherweise »auf magische Weise im Kriegsgebiet auftauchen«, doch habe das »absolut nichts mit Serbien zu tun«, sondern liege in der Verantwortung anderer Länder. »Jemand will offenbar Serbien in diesen Konflikt hineinziehen, aber wir rücken nicht von unserer Politik ab«, kommentierte er die Berichte.

Reuters schrieb, die Echtheit der Dokumente lasse sich nicht verifizieren. Sie enthalten nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Erkenntnisse der US-Geheimdienste, weshalb die US-Regierung ihren Inhalt nicht kommentiert. In den vergangenen Wochen kursierten auch offenbar manipulierte Versionen der Geheimdokumente im Internet. Doch

gelten sie insgesamt als authentisch, und der für die Leaks verantwortliche Jack Teixeira, ein 21-jähriger IT-Mitarbeiter der US-Nationalgarde, wurde am 13. April in den USA verhaftet (*Jungle World* 16/2023).

Die Angelegenheit zeigt, in welcher widersprüchlicher Lage sich Serbien derzeit befindet. Es ist das einzige europäische Land außer Russland selbst, in dem die Bevölkerungsmehrheit klar Wladimir Putin unterstützt, dennoch will Serbien nach wie vor EU-Mitglied werden.

In den 2014 begonnenen Beitrittsverhandlungen wurden bereits 22 von 35 Kapiteln eröffnet, doch geht es seit Jahren nicht mehr wirklich voran. Bei einer Umfrage des serbischen Ministeriums für europäische Integration im Dezember gaben nur noch 43 Prozent an, dass sie für einen EU-Beitritt stimmen würden, während 32 Prozent dagegen stimmten würden. Als Serbien im Dezember 2009 den Mitgliedsantrag stellte, lag der Anteil derjenigen, die dafür stimmen würden, noch bei 67 Prozent, dagegen waren nur 16 Prozent.

Bemerkenswert ist nicht nur die schwindende Zustimmung zu einem EU-Beitritt, sondern auch die steigende Anzahl an Menschen, die sagen, sie würden gar nicht abstimmen oder hätten keine Meinung zu der Frage. In Wirklichkeit glaubt in Serbien kaum noch jemand, dass das Land bald der EU beitreten wird.

Z-Symbole an den Hauswänden

Die Zustimmung zu einem EU-Beitritt in der serbischen Bevölkerung sinkt seit Jahren, doch einen besonders großen Rückgang gibt es seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine. Während es in serbischen Fußgängerzonen vorher schon

gang und gäbe war, dass Kleidung mit Putins Konterfei feilgeboten wurde, kamen jetzt noch Shirts mit einem großen »Z« dazu – dem Symbol des russischen Angriffskriegs. Auch an Hauswänden ist das »Z« verbreitet, oftmals in Kombination mit dem Abbild des verurteilten Völkermörders Ratko Mladić.

Das Belgrader Institut für Sicherheitspolitik veröffentlichte im Dezember 2022 eine Studie, aus der hervorgeht, dass die Bevölkerung in Serbien die putinfreundlichste aller untersuchten Staaten ist – darunter waren neben EU-Staaten auch Staaten wie Senegal, Tunesien, Nigeria oder Indien. Die Anzahl der Menschen, die »dem Westen« die Schuld am Krieg in der Ukraine geben, war global nirgendwo so hoch wie in Serbien: Satte 63 Prozent der dortigen Befragten sehen die Schuld beim »Westen«, nur zwölf Prozent bei Russland.

Vor allem die regierungsnahen Boulevardmedien Serbiens verbreiten Putin-Propaganda. Direkt nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine titelte die Tageszeitung *Informisr*: »Die Amerikaner stürzen die Welt ins Chaos. Die Ukraine hat Russland angegriffen!« *Alo!* titelte: »Die Welt am Rande einer großen Katastrophe: Die Ukraine hat Russland angegriffen!« Der *Kurir* bediente die Putin-Anhänger in Serbien mit dem Titel: »Putin: Russland hat alles für den Frieden in der Ukraine getan.«

Nachdem sich die regierungsnahen Medien zunächst auf die Seite Putins gestellt haben, häufen sich seit dem ukrainischen Geländegewinnen im vergangenen Spätsommer aber auch Beiträge, die sich kritisch mit seinem Angriffskrieg befassen. Es scheint manchen gedämmert zu haben, dass man auf falsche Pferd gesetzt hatte.

Es geht bei der Debatte oft nicht um Fakten, sondern um unterkomplexe Freund-Feind-Schemata. So gingen kurz nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine Bilder aus Belgrad um die Welt, die zeigten, wie Tausende Serbinnen und Serben für Putin auf die Straße gingen. In der internationalen Berichterstattung über diese Demonstrationen kam jedoch oft zu kurz, dass rechtsextreme Gruppen diese gegen die Regierung in Serbien organisiert hatten. Sie hatten dazu aufgerufen, weil Serbien den russischen Angriffskrieg in der UN-Vollversammlung verurteilt hatte. Und auch wenn eine Mehrheit der Bevölkerung den westlichen Staaten die Schuld an dem Krieg gibt, wünscht sich der Großteil auch, dass Serbien in dem Konflikt neutral bleibt.

In Wirklichkeit glaubt in Serbien kaum noch jemand, dass das Land bald der EU beitreten wird.

Dass viele Serbinnen und Serben sich Russland verbunden fühlen, ist identitätspolitische Folklore, die darauf basiert, dass man die christlich-orthodoxe Religion teilt, Russland nach der Interpretation vieler in der Geschichte oft an der Seite Serbiens stand und bis heute die Anerkennung des Kosovo als unabhängigen Staat ablehnt. In den Krieg hereinziehen lassen wollen sich die meisten Menschen in Serbien aber nicht.

Breite Ablehnung der Sanktionen

Worüber jedoch große Einigkeit besteht, ist die Ablehnung von Sanktionen gegen Russland. Dem Belgrader Institut für Sicherheitspolitik zufolge sind rund 80 Prozent der serbischen Bevölkerung gegen Sanktionen und nur zehn Prozent dafür, wobei 44 Prozent der Befragten ihre Ablehnung von Sank-

tionen damit begründen, dass Serbien in den neunziger Jahren selbst mit Sanktionen belegt worden war. Serbien ist eines der wenigen europäischen Länder, die bis heute keine Sanktionen gegen Russland verhängt haben. Man könnte dies als mangelnde Orientierung an der EU interpretieren, und tatsächlich kritisieren EU-Vertreter diese Haltung Serbiens.

Sie führt aber auch dazu, dass Menschen, die aus Putins Russland fliehen wollen, relativ einfach nach Serbien reisen können. Während die EU die Einreise nach der Invasion im vergangenen Jahr erschwert hat, können russische Bürger nach wie vor ohne Visum nach Serbien einreisen.

Die Anzahl der Russinnen und Russen, die nach Serbien geflohen sind, wird auf bis zu 200 000 geschätzt. Kurz nach der im vergangenen September verkündeten Teilmobilisierung in Russland stiegen die Preise für Flugtickets von Moskau nach Belgrad zeitweise auf bis zu 9 000 Euro an. Normalerweise kostet der Flug mit Air Serbia aus Moskau 375 bis knapp 1 000 Euro bei kurzfristigen Buchungen.

In Serbien können russische Staatsbürger an eine Arbeitserlaubnis kommen oder gleich ein eigenes Unternehmen gründen, was besonders im IT-Bereich genutzt wird. Ironischerweise führen gerade die guten bilateralen Beziehungen zwischen Russland und Serbien dazu, dass Serbien zu den wenigen europäischen Staaten gehört, in die russische Kriegsdienstverweigerer und Putin-Gegner noch relativ unkompliziert flüchten können – und das, obwohl sich kaum ein europäisches Staatsoberhaupt so freundlich über Putin äußert wie Präsident Aleksandar Vučić, der in der von regierungstreuen Medien dominierten serbischen Öffentlichkeit omnipräsent ist.



Widerspruch gegen die Putinverehrung. Über ein Wandbild in Belgrad hat jemand »Mörder« gesprüht, März 2022

